

Service Public und Arbeitsplätze in den Randregionen aufrechterhalten!

Die Randregionen sind vermehrt vom Abbau des Service Publics betroffen. transfair fordert die Aufrechterhaltung dieses Service Publics und der davon abhängigen Arbeitsplätze. Tangiert sind alle vier Branchen von transfair. In der Branche Post/Logistik kann es soweit kommen, dass gewisse Kantone nicht einmal mehr über einen PostFinance Schalter und damit über keinen Zugangspunkt mehr verfügen. Auch die progressive Schliessung der Bahnschalter in den Grenzgebieten gefährdet Arbeitsplätze sowie die wirtschaftliche Sicherheit in diesen Gebieten. Der Zugang zu den öffentlichen Infrastrukturen und die Versorgung durch den Service Public wahren die Wettbewerbsfähigkeit und erhalten das Weiterbestehen dieser Regionen.

Mit der vorliegenden Resolution stellt transfair folgende Forderungen:

1. Massnahmen treffen gegen den Abbau des Service Public

A. Innovieren

Wenn es an Kunden mangelt, müssen die Unternehmen innovativ sein. Sie sollen angepasste, zukunftssträchtige und rentable Produkte und Dienstleistungen entwickeln. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen selbstverständlich entsprechend geschult werden.

B. Steuern und subventionieren

Als Eigner und Hauptaktionär der Post, der SBB und Swisscom muss der Bund als Träger die Problematik der Randregionen als ein strategisches Ziel festlegen. Damit diese Randregionen nicht aushungern, sollen die betroffenen Unternehmen notwendige Anstrengungen unternehmen, um den Service Public und die Arbeitsplätze aufrechtzuerhalten. Staatliche Subventionen sind denkbar (z.B. Betriebsbeiträge für den Schienengüterverkehr).

2. Erhalt der Arbeitsplätze sicherstellen

Die Unternehmen sollen sich auf Massnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze in den Randregionen konzentrieren. Dies steht im direkten Zusammenhang mit dem Erhalt der öffentlichen Strukturen. Um unabhängig zu bleiben, müssen diese Regionen Zugang zu den Dienstleistungen haben. Die Arbeitsplätze müssen aufrechterhalten werden, damit die Menschen leben können. Wenn dies nicht möglich ist, sollen die Unternehmen dazu verpflichtet werden, sicherzustellen, dass ihre Mitarbeitenden arbeitsmarktfähig bleiben (im Kündigungsfall wird das Personal oft «dequalifiziert»).

3. Auf politischer Ebene handeln

transfair fordert die Politik auf, eine parlamentarische Interpellation zum Thema Abbau des Service Public in den Randregionen und Erhalt der Arbeitsplätze einzureichen. Der Personalverband verlangt, dass sich die Politik für den Erhalt des Service Public und der Arbeitsplätze in den Randregionen einsetzt, indem für die Unternehmen entsprechende Leitplanken gesetzt werden.